

Die selbständige Organisation von LohnarbeiterInnen und ihre emanzipatorische Perspektive

Warum tut sich der soziale Widerstand von LohnarbeiterInnen heute so schwer damit, Vorstellungen/Ziele sowie eine entsprechende Praxis zu entwickeln, die auf Überwindung von Lohnarbeit (von Kapitalverwertung abhängige und durch das Kapital kommandierte Arbeit), aus sind?

1. *Der historische Sieg Bismarcks*

Bismarcks Ansätze zu einem modernen „Sozialstaat“ zielten darauf ab, der politisch und organisatorisch selbständigen Arbeiterbewegung das Wasser abzugraben. Die Sozialdemokratie wurde immer stärker und die Selbsthilfeorganisationen der LohnarbeiterInnen waren ein wichtiges Betätigungsfeld für sozialistische Propaganda. Daher galt seine Sozialgesetzgebung der Absicht, die Selbstorganisationen durch Verstaatlichung zu zerstören. Das ist nachhaltig gelungen, schließlich mit Hilfe der Sozialdemokratie. Resultat: An die Stelle der Selbstorganisation im Kampf gegen die Folgen kapitalistischer Produktion entwickelte sich die Vorstellung, dass der Staat für die Bekämpfung dieser Folgen zu sorgen habe. Was an „Selbstverwaltung“ blieb, ist eine Farce.

2. *Der historische Sieg Lenins*

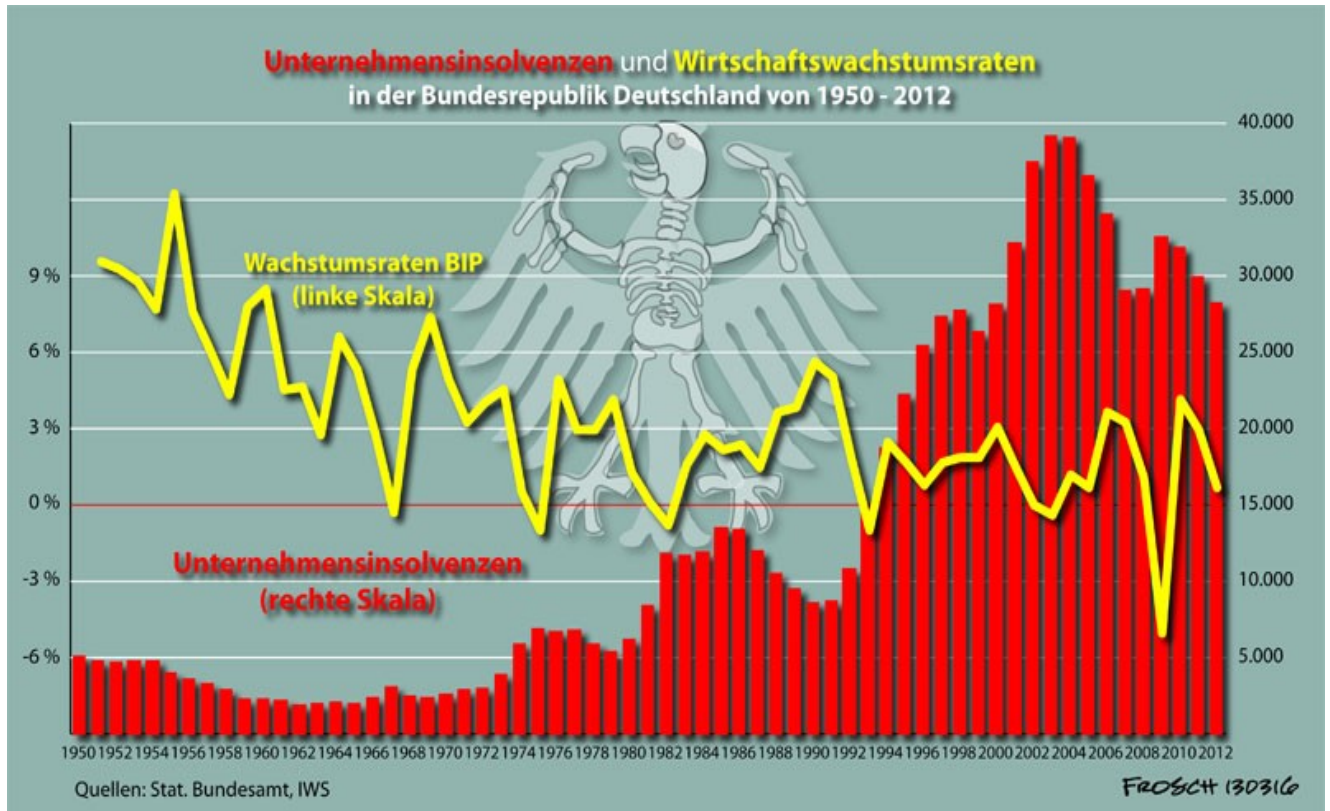
Der revolutionäre Flügel der Sozialdemokratie in Gestalt des Bolschewismus (der war nie mehr als ein revolutionärer Sozialdemokratismus!) knüpfte zwar scheinbar an der Selbständigkeit und Selbstorganisation der Arbeiterbewegung an, sah diese aber bereits erfüllt mit und garantiert durch eine revolutionäre politische Partei. Alle anderen Formen selbständiger Organisation sollten dieser Partei untergeordnet werden. So kam es, dass diese Partei, kaum an der Macht, sich die Räte unterordnete. Die Bolschewiki machten aus dem Sozialismus einen repressiven bis terroristischen „Sozialstaat“ und zerschlugen praktisch die Räte als Organe der Revolution und Selbstverwaltung. In der Losung von der „Arbeiterkontrolle“, wurde das Streben nach Selbstverwaltung umgedeutet in eine „Übergangsmaßnahme. Sobald die Partei die Macht habe, müsse sie beseitigt werden, verliere sie ihren Sinn, weil ja die Klasse in Gestalt der Partei die Macht habe. Und so geschah es. (Die Trotzisten haben daraus einen wahren Kult von „Übergangsforderungen“ gemacht.)

Im Resultat erwartet die Mehrheit der heutigen Lohnabhängigen vernünftige soziale Leistungen vom Staat. Der soll für gerechte Verteilung sorgen. Der Siegeszug der Idee vom „Sozialstaat“ (auch in der Form des „sozialistischen Staates“), war aber nur möglich, weil die Praxis des „Sozialstaates“ die Arbeits- und Lebensbedingungen der LohnarbeiterInnen tatsächlich in vieler Hinsicht verbesserte. Dafür nur 2 Beispiele: die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und eine Rente von der man – oft zwar mehr schlecht als recht – leben kann. Zu Lebzeiten von Marx und Engels bedeutete Krankheit Verschärfung der sowieso schon elenden Lage ... und ein ganzer Lebensabschnitt, in dem man ohne Lohnarbeit leben konnte, den gab es nicht. Gestorben wurde früh und wenn man älter wurde, war der Mangel noch größer.

Begleitet wird der „Sozialstaat“ von einem vergleichsweise hohen Maß an individueller Freiheit, jedenfalls im „Sozialstaat“ westlicher Prägung. „Selbstverwirklichung“, „Initiative“ etc. wird gelebt eben als individuelle „Selbstverwirklichung“ etc., nicht als „Selbstorganisation“ in gesellschaftlicher Gemeinschaft. Weil der westliche „Sozialstaat“ diese Form individueller Emanzipation bot, war er dem östlichen „Sozialstaat“, der diese Möglichkeit nicht bot, haushoch überlegen. Aus gutem Grund, wie ich meine. Guten Grund haben die Leute aber auch, sich Sorgen zu machen, dass in einem genossenschaftlichen Betrieb, der sich in der Konkurrenz behaupten muss, manche guten Absichten nicht zu realisieren sind, auch dieser Betrieb keine soziale Sicherheit

bietet und der Erhalt seiner Existenz womöglich lange Arbeitszeiten erfordert, geringere Löhne gezahlt werden etc. Das grundsätzliche Dilemma selbstverwalteter Produktion in einer durch Konkurrenz geprägten kapitalistischen Marktwirtschaft ist innerhalb dieser „Rahmenbedingungen“ nicht aus der Welt zu schaffen. Das vorab, um zu begreifen, was unser Ausgangspunkt ist.

Zunächst einmal sind aber die objektiven Bedingungen etwa für das Entstehen von Genossenschaften im Kapitalismus durchaus besser geworden.



Nachlassende Wachstumsraten und steigende Anzahl von Firmenpleiten bedeuten schlechte Aussichten für von Kapitalverwertung abhängiger Lohnarbeit. Lohnarbeitslosigkeit nimmt tendenziell zu und ihre Verminderung geschieht auf Kosten teils dramatischer Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen von LohnarbeiterInnen.

Unternehmenspleiten schreien geradezu nach Besetzung, Weiterführung der Produktion in eigener Regie, in Selbstverwaltung! Warum passiert das so selten?

1. Dazu eine kurze Erinnerung:

1983 ging in Bochum der Bomin Konzern kaputt. Die Gesenkschmiede und Flanschenfabrik Mönninghoff/Gottwald in Bochum und Hattingen – bei der ich damals als Schlosser arbeitete - geriet in den Strudel des Bankrotts. Die Belegschaften in Bochum und Hattingen besetzten die Werke, um die anlaufende Demontage der Maschinen durch die Gläubiger zu verhindern. Linke IG-Metaller in der Hattinger Ortsverwaltung entwickelten ein „Belegschaftsmodell“ zur Weiterführung der Produktion (dass ich nicht näher bewerten will und aus der Erinnerung auch nicht kann). Das schien realistisch; wenn, ja wenn die Banken mitspielen! Ohne Kreditlinien für laufendes Geschäft und Investitionen ist in einem kapitalistischen Umfeld auch ein selbstverwaltetes Unternehmen zum sofortigen Tode verurteilt. Mit der Verweigerung dieser Kredite war das „Belegschaftsmodell“ gestorben.

Das ist die erste objektive Schranke für selbstverwaltete Produktion im Kapitalismus. Die 2. ist der Absatz. Die Kunden müssen mitspielen! Das ist im Investitionsgütersektor nur schwer sicher zu stellen. Im Konsumgütersektor schon eher, durch Solidarität, durch bewusstes, unterstützendes Kaufen der Kunden. Dazu aber muss eine allgemeine Bewegung da sein, die aus politischen Gründen, weil sie Selbstverwaltung will, diese Produkte kauft. Es müsste so eine Art Qualitätssiegel her, vergl. Bio-Qualitätssiegeln: „in selbstverwaltetem Unternehmen hergestellt.“

(Beispiele für politische Unterstützung der Konsumenten sind Lip in den 1970iger Jahren in Frankreich und Zanon in Argentinien etc.)

Einzelne Genossenschaften im kapitalistischen Umfeld können überhaupt nur einen emanzipatorischen Gedanken verwirklichen: Arbeiten ohne Chefs! Mehr nicht. Das muss man realistisch so sehen. Das ist aber sehr wichtig, das Bestreben danach. Wenn das speziell in der radikalen Linken nicht erkannt wird, dann gibt es wenig Hoffnung auf einen „Sprung in den Klassenauseinandersetzungen“, wirklichen Fortschritt der Bewegung.

2. Viele Unternehmen sind eingebunden in die internationale Arbeitsteilung ihres Konzerns. Das gilt z. B. für viele Automobilfabriken. Da ist es natürlich völlig illusorisch, eine einzelne von der Stilllegung bedrohte Fabrik in Selbstverwaltung mit Autoproduktion weiter führen zu wollen. Das geht nur, wenn man sich auf andere Produkte hin orientiert. (Nicht nur aus ökologischen Gründen – wie im Falle Auto – sondern auch aus Gründen, um überhaupt selbstverwaltet weiter produzieren zu können.)

Das bedeutet und verlangt:

Die Bewegung zur Fortführung der Produktion muss „den Gesamtarbeiter“ erfassen, bzw. umfassen. Nur mit Bandarbeitern, nur mit Bandarbeitern und Facharbeitern, geht das nicht. Die technische Intelligenz muss mit dabei sein! Bleiben Ingenieure und Techniker außen vor, kann keine alternative Produktion auch nur vom Gedanken her entwickelt werden!

Lucas Aerospace war ein gutes Beispiel für einen richtigen Ansatz, auch wenn das Projekt gescheitert ist. Mit traditionellem gewerkschaftlichem Kampf hat das dann nichts mehr zu tun und jede – auch „radikale“ - Orientierung daran ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn es um eine emanzipatorische Perspektive geht; ja, es ist eine Blockade, einer Verhinderung von emanzipatorischen Perspektiven. Der Kampf um jeden Lohnarbeitsplatz ist nicht nur illusorisch; er orientiert den Widerstand auf die Fortexistenz der Abhängigkeit vom Kapital.

Was in diesen kurzen Thesen sicherlich fehlt, das sind Betrachtungen zur Praxis und der Entwicklung der genossenschaftlichen Produktion selbst. (Was haben sie gebracht und was nicht.) Denn: Genossenschaften gab und gibt es sehr viele, ihr Weg in das System, auch ihre Unterordnung unter die Parteiherrschaft im realen Sozialismus etc. (speziell die landwirtschaftlichen Genossenschaften) sind wichtige Aspekte, die es zu berücksichtigen gilt. (2012, das Jahr der Genossenschaften, wäre ein guter Anlass zur intensiven Diskussion gerade unter radikalen Linken gewesen.) Das wirft noch stärker die Frage auf, wie und unter welchen Gesichtspunkten aus den aktuellen sozialen Bewegungen heraus, der Gedanke in einem emanzipatorischen Sinn wiederbelebt werden kann.

Abschließend, um Denkanstöße etwas konkreter zu formulieren, ein kleiner Abschnitt aus meinem Artikel „Zanon, Nokia und die Perspektiven“ und eine Rede an eine fiktive Belegschaft auf einer fiktiven Belegschaftsversammlung:

I

Nokia will den Laden im Juni dicht machen. Gut so! In Absprache mit der Belegschaft entwickelt die Landesregierung folgenden Plan:

1. Nach Rückzug von Nokia wird die Firma mit allem Inventar Eigentum des Landes NRW. Entschädigungslos!
2. In der Zeit bis dahin erhält die Belegschaft die Möglichkeit eine Selbstverwaltung zu entwickeln und zu erproben. (Erfahrungsaustausch mit Zanon) Das Geld dafür stellt Nokia bereit. (Förderung durch Fort- und Weiterbildung nennt man sowas.)
3. In der Zeit bis dahin erhält die Belegschaft mit Unterstützung durch Land und andere Einrichtungen die Möglichkeit eine alternative Produktion zu entwickeln. Weg von den Handys, falls eine solche Produktion nicht weiter geführt werden kann.
4. Nach dem Rückzug von Nokia bleibt das Unternehmen zwar Landeseigentum, aber die Produktion wird in Selbstverwaltung der Belegschaft organisiert.
5. Das Land übernimmt eine Bestandsgarantie für die nächsten Jahre, auch bei roten Zahlen! Zu diesem Zweck wird ein „Solidaritätsbeitrag-Aufbau West“ von allen privaten Unternehmen im Lande NRW erhoben!

II. Rede an eine fiktive Belegschaft auf einer fiktiven Belegschaftsversammlung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nächste Woche also ist Schluss und wir dürfen zu Hause bleiben. Die angeblich uns gehörenden Arbeitsplätze fallen weg. Das teilen uns dieselben Leute mit, die uns seit Jahren kommandieren, unsere Unterordnung unter ihre Anweisungen und strengste Arbeitsdisziplin verlangen, weil nur so wirtschaftlicher Erfolg möglich sei. Niemand fragt uns, die wir doch angeblich die Besitzer dieser Arbeitsplätze sind. Man teilt uns das einfach nur mit.

Wir haben all das mitgemacht;

- *uns gefügt, uns ihren Anweisungen und denen der von ihnen eingesetzten Vorgesetzten gebeugt,*
- *haben dafür Löhne und Gehälter akzeptiert, die aus unserer Sicht zu niedrig sind,*
- *haben akzeptiert, dass sie sich und den von ihnen eingesetzten Vorgesetzten deutlich höhere, ja unverschämt hohe Gehälter genehmigt haben, weil sie ja angeblich die Leistungsträger sind.*

Ok, nehmen wir sie jetzt noch einmal beim Wort, diese verantwortlichen Leistungsträger. Wenn es so war, dann hat ihre grandiose Leistung uns jetzt den Bankrott eingebrockt! Eine beachtliche Leistung!

Mal etwas zynisch ausgedrückt: das hätte jeder von uns und wir alle gemeinsam auch locker hinbekommen. Dafür hätten wir uns nicht ihrer dämlichen Anweisungen ständig beugen müssen, die uns das Leben so schwer gemacht haben!

*Gestern habe ich mit 3 meiner Kollegen heftig diskutiert. Einer warf ein:
Wir müssten den Laden selbst übernehmen und weitermachen!*

Das ist eine schöne Vorstellung: Ohne eine sich selbst einsetzende Geschäftsführung, ohne von dieser Geschäftsführung eingesetzte Vorgesetzte, einen Betrieb führen.

Eine Belegschaftsversammlung wie diese wäre das höchste Entscheidungsgremium! Nicht eine sich selbst einsetzende Geschäftsführung! Vorgesetzte brauchten wir nicht, wohl aber Moderatoren, die etwa Entscheidungen auf Belegschafts- oder Abteilungsversammlungen vorbereiten, für Information sorgen, Termine absprechen etc.

Wir wären sie los, diese Leute, die uns im Nacken sitzen, uns antreiben, dies und das verlangen.

Nein, ein Paradies wäre das nicht in so einer famosen Marktwirtschaft, in der jeder gegen jeden kämpft, um seine Existenz. Auch wenn wir selbst in und als Gemeinschaft diesen Betrieb weiter betreiben, hörten die Zwänge marktwirtschaftlicher Konkurrenz nicht auf. Auch ein solcher in Selbstverwaltung betriebener Betrieb hätte sich diesen Zwängen der Marktwirtschaft zu beugen. Das könnte nur aufhören, wenn alle Betriebe durch Selbstverwaltung ihren „Besitzer“ wechselten und miteinander die Produktion für unser Leben planten und organisierten. Klar das ist eine schöne Utopie, aber eine, für die es zu streiten lohnt. Pleite machen können wir selber, dafür brauchen wir diese eingebildeten Fatzkes nicht, dafür brauchen wir nicht den Druck, den sie auf uns ausüben, um sich selbst zu bereichern. In einzelnen Betrieben damit anzufangen, die Sache selbst in die Hand zu nehmen, ist ein Schritt der sich lohnt, im Interesse unserer Zukunft.

Ich grüße Euch noch einmal und wünsche mir die Maßlosigkeit von Mut und Phantasie, die Ihr alle ja habt ... sie leider nur zu oft für Dinge verschwendet, die es nicht Wert sind.

Solche Denkanstöße mögen noch etwas unbeholfen sein, aber wenn es nicht gelingt, in Belegschaften kapitalistischer Unternehmen, die Pleite gehen, solche Diskussionen anzustoßen, dann glaube ich an keine emanzipatorische Perspektive. Im besten/schlimmsten Fall entsteht aus einem großen Kladderadatsch, auf den wir zusteuern, wieder ein repressiver „Sozialstaat“. Ich befürchte aber fast noch Schlimmeres.

Robert Schlosser
Juni 2013